

Auf gute Nachbarschaft!

Österreichs Wirtschaftsbeziehungen mit Osteuropa seit der Ostöffnung 1989¹

Julia Grübler

30 Jahre ist eine relativ kurze Zeit ...

... zwar nicht für mich oder ein durchschnittliches Menschenleben; sehr wohl aber für all die Entwicklungen, die in Europa seit 1989 auf wirtschaftlicher und politischer Ebene zu beobachten waren und die wirtschaftlichen Verflechtungen Österreichs mit seinen Nachbarn stark veränderten.

Im Jahr 2019 erinnerte man sich an so manches Jubiläum. Dazu zählten unter anderem das 15-jährige Jubiläum der großen Osterweiterung der Europäischen Union um zehn weitere Mitglieder in Mittel- und Osteuropa (MOE) im Jahr 2004, sowie das 30-jährige Jubiläum der Ereignisse, die vor 30 Jahren zur Auflösung des Eisernen Vorhangs führten.

Bis in die heutige Zeit ist geblieben, dass man West- und Osteuropa weiterhin primär nicht über natürliche Grenzen definiert, sondern nach den bis 1989 vorherrschenden Systemen. Man teilte Europa auf nach Einflussphären der Großmächte im Kalten Krieg (USA vs. Sowjetunion), nach unterschiedlichen politischen Ideologien (Kapitalismus vs. Kommunismus) und nicht zuletzt auch Wirtschaftssystemen (Marktwirtschaft vs. Planwirtschaft). So wurden auch die Westbalkangebiete des ehemaligen sozialistischen Jugoslawiens und Albaniens – obgleich westlich des Eisernen Vorhangs – Osteuropa zugeordnet.

Ein kurzer Blick in den Atlas legt offen, dass diese Einteilung in West- und Osteuropa unter anderem dazu führt, dass so manches Land „Westeuropas“ – wie die EU-Mitgliedstaaten Schweden, Finnland und Griechenland – sich geographisch weiter im Osten befindet, als so manches Land „Osteuropas“.

Auch hat sich in vielen Köpfen das Bild von Osteuropa als wenig entwickelte Billiglohnregion hartnäckig gehalten. Es ist also nicht verwunderlich, dass gerade die – vor der Coronakrise – schnell wachsenden Staaten in Österreichs östlicher Nachbarschaft, die heute in europäische Wertschöpfungsketten integriert sind und das Herzstück der europäischen Produktionslandschaft repräsentieren, großen Wert darauf legen, nicht Osteuropa zugeordnet zu werden, sondern Zentraleuropa (oder Mitteleuropa).

Im Bereich der regionalen länderübergreifenden Kooperation definiert beispielsweise das EU-Programm ‚Interreg Central Europe‘ Zentraleuropa als die Visegrád Staaten-(Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn), Kroatien und Slowenien, sowie Österreich und nördliche Teile Italiens bzw. östliche Teile Deutschlands.

Mehr als nur ein Picknick(?)

Rund 800 der insgesamt über 6.000 km langen Grenze des Eisernen Vorhangs verliefen direkt an der österreichischen Außengrenze, zur damaligen Tschechoslowakei und Ungarn. Mit der (offiziellen) Begründung, Instandhaltungskosten der Grenzsicherungsanlagen reduzieren zu wollen, wurde im Mai 1989 mit dem Abbau des Zauns zwischen Österreich und Ungarn begonnen.

Das geschah rund drei Monate nach dem ersten Treffen am „Runden Tisch“ zwischen der kommunistischen Arbeiterpartei Polens und der verbotenen Gewerkschaft Solidarność am 6. Februar 1989. Nach dem polnischen Vorbild starteten per 13. Juni zudem Verhandlungen am „Runden Tisch“ zwischen der kommunistischen Partei Ungarns und der Opposition.

Spätestens mit der Kommunikation Mikhail Gorbachevs, dass die Führer der Staaten des Warschauer Pakts ihren eigenen sozialistischen Weg beschreiten dürften, wurden Entwicklungen östlich des Eisernen Vorhangs dynamischer. Im August wurde in Polen die erste nicht-kommunistische Regierung Osteuropas seit 1948 gewählt, in den baltischen Staaten wurde eine 600 km lange Menschenkette gebildet, welche die Hauptstädte miteinander verbanden, und Ungarn setzte den Grenzabbau zu seinem Nachbarn Österreich in Szene.

Am 27. Juni wurde mit vielen Kameras mitverfolgt als die Außenminister Ungarns (Gyula Horn) und Österreichs (Alois Mock) ein Stück des Eisernen Vorhangs zwischen der burgenländischen Gemeinde Klingenbach und dem ungarischen Sopron (Ödenburg) gemeinsam durchtrennten.

Es dauerte keine zwei weiteren Monate bis zu einem symbolträchtigen Picknick² geladen wurde. Das Ungarische Demokratische Forum und die Paneuropa-Union organisierten für den 19. August ein Treffen, dessen Kernstück eine – auch behördlich genehmigte – provisorische dreistündige Öffnung der Grenze zwischen den Nachbarländern darstellen sollte.

Dabei nutzten Hunderte BürgerInnen der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) die Gelegenheit zur Flucht. Zur Überraschung und Erleichterung der Anwesenden kam es zu keinem gewaltsamen Einschreiten der Grenzbeamten. Nicht zuletzt der Umstand, dass bei den unerlaubten Grenzüberschreitungen kein Blut vergossen wurde, führte trotz verstärkter Grenzkontrollen zu einem Anstieg täglicher Fluchtversuche von DDR-BürgerInnen über Ungarn nach Österreich.

Schließlich wurden die Grenzen zwischen Ungarn und Österreich – vorerst allerdings nur für DDR-BürgerInnen – am 11. September gänzlich geöffnet.

Umbrüche in der Nachbarschaft

Im Kontext der Ostöffnung sind für Österreich der 27. Juni 1989, der 19. August und der 11. September zweifelsohne bedeutende Daten. Welche historische Bedeutung die Ereignisse an der österreichisch-ungarischen Grenze hatten, und insbesondere welche Rolle die österreichische Seite dabei gespielt hat, wird auch heute noch diskutiert. Einigkeit scheint es aber zu geben, dass die medienwirksame Annäherung zwischen Österreich und Ungarn in den Sommermonaten 1989 weitere Entwicklungen beschleunigt

hat, die schlussendlich im Fall der Berliner Mauer im November 1989 und der Wiedervereinigung Deutschlands im Oktober 1990 mündeten.

In dieser Zeit überschlugen sich nicht nur in Deutschland die Ereignisse. So wurde beispielsweise am 23. Oktober die Republik Ungarn ausgerufen. In der Tschechoslowakei wurde am 10. Dezember eine nicht-kommunistische Regierung gewählt. Die baltischen Staaten erklärten im Frühjahr 1990 ihre Unabhängigkeit. Im Mai 1990 fanden die ersten freien Wahlen in Ungarn und Rumänien statt.

Im Februar 1991 unterzeichneten Polen und Österreichs Nachbarn die Tschechoslowakei und Ungarn das Visegrád-Abkommen, u.a. mit dem Ziel einer koordinierten und damit stärkeren Position für die Beitritte zum Verteidigungsbündnis NATO und zur Europäischen Union. Dreizehn Jahre später waren für alle vier Länder diese zwei Ziele erreicht.

Das Jahr 1991 stand aber zu großen Teilen nicht im Zeichen neuer Bündnisse, sondern der Auflösung: im Juni der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon), im Juli der Warschauer Pakt, im Dezember schließlich die Sowjetunion selbst. Zudem wurde der Westbalkan die 1990er-Jahre hindurch von den Jugoslawienkriegen erschüttert.

Dass bewaffnete Konflikte und Kriege katastrophale humanitäre, aber auch wirtschaftliche Folgen nach sich ziehen, steht außer Frage. Auch für von Gewalt größtenteils verschont gebliebene Planwirtschaften in Osteuropa wurde eine schmerzliche wirtschaftliche Übergangsphase in den ersten Jahren erwartet – aber nur die wenigsten glaubten an eine so starke Depression, wie sie die Länder tatsächlich erfahren mussten. Man erhoffte sich eine schnelle Transformation von Plan- zu Marktwirtschaften, von Autokratien zu Demokratien und von Warteschlangen, Güterknappheit und Mangel an Freiheiten zu Wohlstand nach westlichem Standard. Dafür sollten auch politische Maßnahmen schnell vollzogen werden. Dabei orientierte man sich am Washington Consensus, einem in den 1980/90ern vom Internationalen Währungsfonds (IMF) und der Weltbank unterstützten Wirtschaftsprogramm: Märkte wurden dereguliert, grenzüberschreitender Handel liberalisiert und Staatsbetriebe wurden massenweise privatisiert. Zu dieser Zeit konnte man nicht aus den Erfahrungen anderer Länder schöpfen und so blieben die rasch vollzogenen Transformationsschritte nirgendwo gänzlich ohne unerwünschte Nebenwirkungen, die mancherorts teilweise bis heute nachwirken. Hierzu gehörte die erhöhte Anfälligkeit für Insiderdeals und Korruption im Privatisierungsprozess, ein starker Preisverfall der zu privatisierenden Staatsbetriebe durch die Fülle des Angebots, Hyperinflation, der Zusammenbruch der Industrieproduktion durch Importkonkurrenz aus dem Westen, Einbrüche der heimischen Konsumnachfrage durch die steigende Arbeitslosigkeit und anwachsende Stadt-Land-Ungleichheiten.³

Zu den frühen Kritikern dieser angebotsseitig orientierten Schocktherapie gehörte Kazimierz Łaski, der frühere Direktor (1991–1996) des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw). Entgegen der weitverbreiteten Meinung der Schocktherapie-Befürworter prognostizierte er einen Rückgang der Produktion und eine anhaltende Rezession in den Transformationsländern für die 1990er-Jahre (Łaski, 1997).

Tatsächlich schrumpfte das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) über mehrere Jahre. Beispielsweise brach die Wirtschaftsleistung Polens im Jahr 1990 um rund 11,6% ein und im Jahr darauf um weitere 7%. Auch Tschechien, die Slowakei und Ungarn verzeichneten dramatische Einbrüche von über 10% im Jahr 1991.

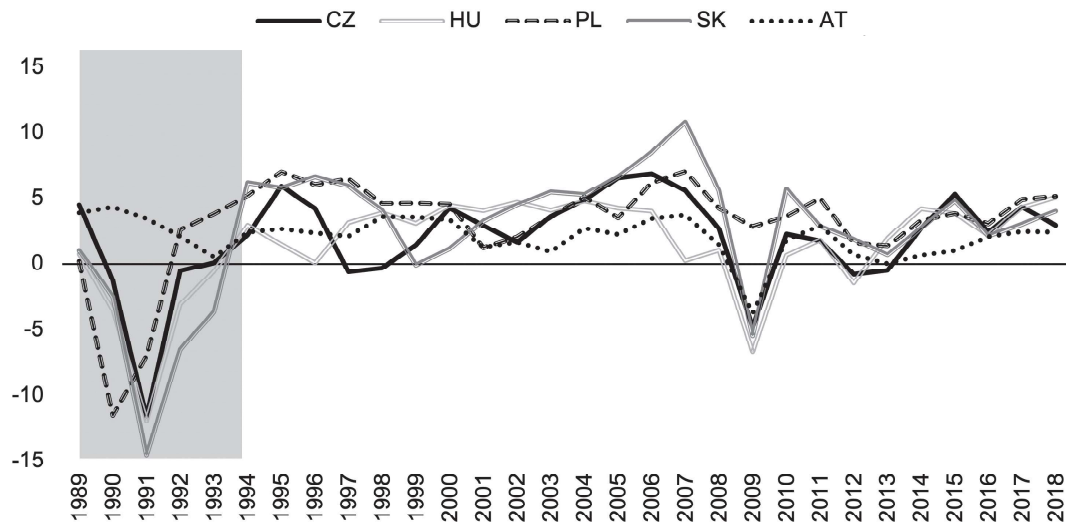


Abb. 1: Reales Veränderung des BIP der Visegrád-Staaten und Österreich, in %. Datenquellen: wiiw Jahresdatenbanken; WKO für Österreich (basierend auf Statistik Austria und WIFO). Darstellung der Autorin.

Für die Staaten, die Teil des ehemaligen Ostblocks aber nicht Teil der Sowjetunion waren, entwickelte sich das BIP ab 1994 – mit wenigen Ausnahmen in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre – positiv (siehe Abbildung 1). Dennoch dauerte es mehrere Jahre, um erst wieder das Wirtschaftsleistungsniveau von 1989 zu erreichen. Von den Visegrád-Staaten erreichte Polen als erstes Land sein BIP-Niveau von 1989 im Jahr 1996, Tschechien und die Slowakei erst im Jahr 2000, Ungarn schließlich im Jahr 2001 (Grievson et al, 2019).

Ab der Jahrtausendwende entwickelte sich das BIP-Wachstum wesentlich dynamischer. Die Boomphase wurde unter anderem durch stark steigende ausländische Investitionen, sowie für spätere EU-Mitglieder auch von Transferzahlungen aus dem EU-Budget, beflügelt. Zwischen 2000 und 2008 wuchs das reale Bruttoinlandsprodukt kumulativ um 30% in Ungarn, 38% in Polen, 40% in Tschechien und ansehnliche 62% in der Slowakei. Mit der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/09 nahm die wirtschaftliche Bergfahrt allerdings ein jähes Ende.

Noch einschneidender als in den vier Visegrád-Staaten waren die wirtschaftlichen Einbußen der ersten Transformationsjahre in den drei baltischen Staaten (Estland, Lettland und Litauen), sowie in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) und der Ukraine. Die wirtschaftliche Depression in den Ländern, die vormals staatlicher Bestandteil der Sowjetunion waren, sowie in den Regionen, die unter den Jugoslawienkriegen litten, war noch prekärer als in den übrigen Staaten in Osteuropa und dauerte auch länger an.

Hervorzuheben ist an dieser Stelle die Ukraine, welche bis 1991 zur Sowjetunion gehörte und bis heute das Wirtschaftsleistungsniveau von 1989 nicht wiedererlangt hat. Durch den seit der Annexion der Krim durch Russland im Jahr 2014 andauernden Krieg in der Ostukraine, rund um die Industriezentren Donbass und Luhansk, scheint eine Erholung auch in nächster Zukunft nicht erreichbar. Jüngste Schätzungen der Wiederaufbaukosten der Region basierend auf Informationen zu Kampfintensität, Umfrage-

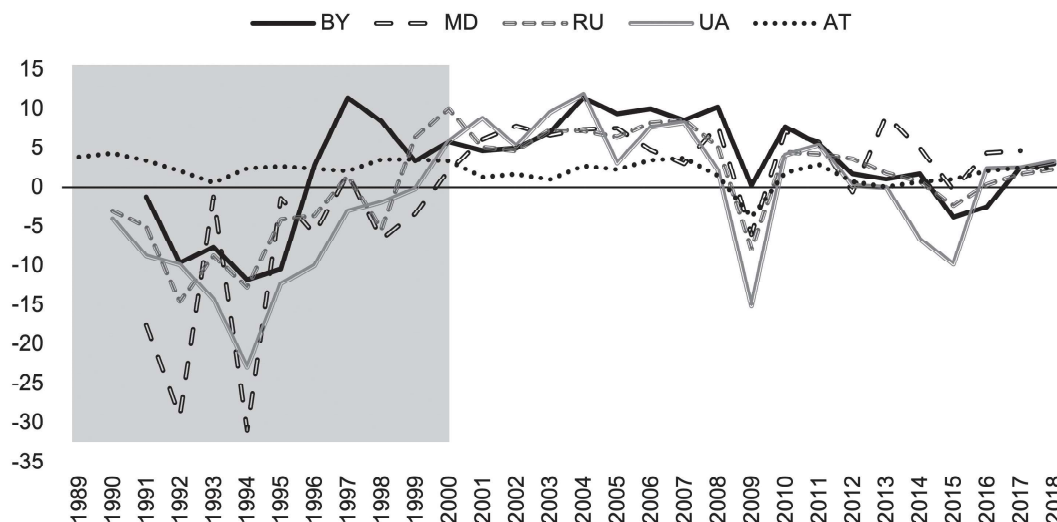


Abb. 2: Reales Veränderung des BIP der GUS3-Staaten, Ukraine und Österreich, in %. Datenquellen: wiiw Jahresdatenbanken; WKO für Österreich (basierend auf Statistik Austria und WIFO). Darstellung der Autorin.

ergebnissen über Schäden für Privathaushalte, makroökonomischen Daten und der geographischen Verteilung von Anlagekapital vor Kriegsbeginn belaufen sich auf mindestens 21,7 Milliarden US-Dollar. Diese Summe – als Untergrenze zu interpretieren – entspricht rund einem Drittel der jährlichen ukrainischen Staatseinnahmen oder 16% des BIP aus dem Jahr 2018 (Kochnev et al, 2020).

Österreichs First Mover Advantage

Die Wirtschaftsbeziehungen der Volkswirtschaften westlich und östlich des Eisernen Vorhangs mussten nach dessen Auflösung vielerorts erst wieder neu aufgebaut werden. Österreich hatte dabei Startvorteile. Insbesondere konnte es auf noch erhaltene Geschäftsverbindungen⁴ zurückgreifen, die mit der Ostöffnung intensiviert wurden.

Sowohl diese bestehenden Kontakte, die geringere kulturelle Distanz als Vermächtnis der transeuropäischen Migration vor der West-Ost-Teilung Europas⁵, wohl auch Österreichs Neutralität⁶ und nicht zuletzt die geographische Lage angrenzend am Eisernen Vorhang trugen dazu bei, dass Geschäftstreibende in Österreich sowohl die Ostöffnung und auch die 15 Jahre später erfolgende EU-Osterweiterung als wirtschaftliche Chance begriffen.

Besonders der österreichische Bankensektor nahm eine Vorreiterrolle ein und ebnete den Weg für Investoren aus Österreich. Ende des Jahres 2019 machten die konsolidierten Forderungen österreichischer Banken in Mittel-, Ost- und Südosteuropa 24% der aggregierten Forderungen von Banken aus den EU15 gegenüber der Region aus (OeNB, 2020). Durch das frühe Engagement in Osteuropa, hält Österreich bis heute eine für seine Größe beachtliche wirtschaftliche Position in der Region. Tabelle 1 zeigt für die EU-Mitgliedstaaten in Mittel- und Osteuropa (EU-MOE-11), für die sechs Westbalkanstaaten und für eine Auswahl an GUS-Staaten und die Ukraine den Anteil Österreichs

an den gesamten zugeflossenen Direktinvestitionsbeständen (d.h. von allen weltweiten Investoren) und vergleicht sie mit Deutschland, Italien, dem Vereinigten Königreich, Russland, China und den USA. Es zeigt sich sehr deutlich, dass die Bedeutung österreichischer Investitionen in der Region teilweise wesentlich signifikanter ist als jene großer europäischer und der zwei weltweit größten Volkswirtschaften. In zwölf Ländern gehört Österreich zu den Top 5 Investoren, in weiteren vier Ländern reiht es sich unter die Top 10 und nur für Kasachstan schafft es Österreich nicht in das Top 20 Ranking. Besonders hervorzuheben ist seine Stellung in Slowenien (SI 24,0%) und Kroatien (HR 23,4%), wo zuletzt über ein Fünftel aller ausländischen Investitionsbestände Österreich zuzuordnen waren. Über ein Zehntel sind es immerhin noch in Bosnien und Herzegowina (BA 18,6%), Serbien (RS 13,1%), Nordmazedonien (MK 12,9%), Rumänien (RO 12,2%), in der Slowakei (SK 11,6%) und in Ungarn (HU 10,6%). Wesentlich weniger Präsenz als in den Vergleichsländern zeigt Österreich lediglich in den GUS-Staaten und den baltischen Ländern.

In der Hälfte der angeführten Länder ist der Anteil Österreichs größer als jener Deutschlands, obgleich die deutsche Wirtschaft rund zehnmal größer ist als die österreichische. Interessanterweise ist Deutschland jedoch genau in Österreichs unmittelbarer Nachbarschaft – in Tschechien und Ungarn – deutlich stärker vertreten. Das liegt vornehmlich an der Evolution Deutsch-Zentraleuropäischer Lieferketten, insbesondere in der Fahrzeugindustrie (IMF, 2013). Auch Österreich ist in diese Wertschöpfungsketten stark eingebunden – in deutschen Exporten von Transportmitteln stecken jeweils über 0,5% österreichische, tschechische und polnische Wertschöpfung (Hanzl-Weiss et al., 2018).

	AT	DE	IT	UK	RU	US	CN	
Visegrád	SK	11,6	7,2	4,9	3,1	-0,3	0,3	0,1
	HU	10,6	20,3	3,2	1,4	0,8	2,8	0,2
	CZ	9,8	16,4	2,8	2,3	0,5	0,9	0,4
	PL	4,0	17,5	2,5	3,9	0,2	2,1	0,1
Rest: EU-MCE11	SI	24,0	9,0	7,9	2,7	1,2	0,5	0,0
	HR	23,7	9,1	11,0	2,2	1,3	0,6	0,2
	RO	12,2	12,7	9,5	2,1	0,1	0,7	0,0
	BG	8,9	7,0	5,8	5,5	4,8	1,7	0,3
	EE	1,8	2,4	0,4	2,8	2,8	1,4	0,2
	LV	1,6	6,4	0,5	1,3	9,8	0,9	0,3
	LT	0,9	7,2	0,2	-1,6	1,6	1,2	0,0
WB6	BA	18,6	4,8	4,5	3,7	4,9	0,4	0,0
	RS	13,1	7,5	5,4	2,2	6,4	1,9	2,2
	MK	12,9	6,0	2,3	13,9	0,4	1,1	2,5
	AL	6,7	2,0	9,7	0,9	.	1,4	0,1
	XK	5,9	12,7	1,0	4,8	0,0	4,8	0,0
	ME	2,7	2,1	10,6	1,9	10,6	2,0	1,1
GUS4, UA, TR	BY	11,4	2,6	0,4	2,2	31,5	1,1	3,1
	UA	2,9	4,9	0,7	4,2	2,2	1,6	0,2
	MD	2,4	6,0	5,1	3,9	22,7	1,9	0,0
	TR	1,9	9,0	2,3	4,7	3,8	1,9	0,8
	RU	1,4	4,1	1,1	6,7	.	0,7	0,8
	KZ	0,1	0,6	0,1	1,9	3,3	24,4	5,1

Tabelle 1: Signifikanz österreichischer Investitionen in Osteuropa. Anteil der Direktinvestitionsbestände an den gesamten ausländischen Investitionen pro Zielland im Jahr 2019 (oder 2018), in Prozent – Österreich im Vergleich zu Deutschland, Italien, dem Vereinigten Königreich (UK), Russland, China und den USA. Symbole für Österreichs Ranking als ● Top 5, ▲ Top 6-10, ◆ Top 11-20 Investorenland.

An dieser Stelle ist jedoch der Vollständigkeit halber anzumerken, dass es sich bei Investitionen aus Österreich nicht zwangsläufig um Investitionen österreichischer Unternehmen handelt. Durch seine frühen Aktivitäten in Osteuropa hat sich Österreich als ein Hub für Drittländer etabliert, die in der Region investieren wollen. Dieser Umstand wird bei der Analyse von OECD-Daten, nach welchen Investitionen nach dem Ursprungsland-Prinzip und dem Kontrollland-Prinzip unterschieden werden können, deutlich (Hunya et al., 2019).

Aus der Sicht Österreichs zeigt sich, dass sich grenzüberschreitende Direktinvestitionen auf den EU-Binnenmarkt fokussieren. Seit der EU-Osterweiterung im Jahr 2004 fiel der Anteil der EU nie unter 66%; seit 2015 nimmt er sogar wieder zu. Der Anteil, der auf die osteuropäischen EU-Mitglieder entfiel, ist hingegen von einem Hoch von 43 % im Jahr 2005 auf 25 % im Jahr 2018 gesunken. Mit rund 15 % der österreichischen Direktinvestitionsbestände im Ausland (bzw. rund EUR 30 Milliarden) repräsentierten die vier Visegrád-Staaten den Großteil der österreichischen Investitionen in Osteuropa. Der markante Rückgang an den österreichischen Investitionsanteilen in der „Ost-EU“ steht im Kontrast zu dem Umstand, dass der Anteil an den gesamten durch Investitionen generierten Einkommen in der „Ost-EU“ den Anteil an den Beständen in fast jedem Jahr überstieg und die Investitionen in der Region damit als überdurchschnittlich rentabel zu bewerten sind.

Während österreichische Banken und Versicherungen nach Osteuropa expandierten, um die dortigen Märkte bedienen zu können, versuchten andere Branchen zunächst Produktionsschritte nach Osteuropa auszulagern, um vom günstigeren Arbeitskräfteangebot zu profitieren.

Der Bedeutungszuwachs der Visegrád-Staaten für den österreichischen Außenhandel war insbesondere in den ersten Jahren der Ostöffnung – sowohl auf der Export- als auch auf der Importseite – enorm. Auch heute noch haben die bilateralen Handelsbeziehungen für beide Seiten großes Gewicht. Im Jahr 2019 fanden lt. Statistik Austria rund 12 % der österreichischen Exporte und Importe mit den vier Visegrád-Staaten statt; dabei waren Tschechien, Ungarn und Polen unter den Top-10 zu finden und die Slowakei rangierte jeweils auf dem 11. Platz. Mit Slowenien, Rumänien und Russland sind weitere drei osteuropäische Staaten unter den Top-20 Handelspartnern Österreichs zu finden.

Aus der Sicht der Partnerländer gehörte Österreich im Jahr 2019 zu den Top-10 Exportdestinationen und zugleich auch Top-10 Herkunftsländern von Importen für Tschechien, Ungarn, die Slowakei, Slowenien und Kroatien innerhalb der EU-MOE-11, sowie für Bosnien und Herzegowina (wiiw Jahresdatenbank).

Konvergenz auf dem Prüfstand

Durch die intensiven wirtschaftlichen Verflechtungen mit Osteuropa – hinsichtlich Investitionstätigkeiten aber auch Außenhandel – profitiert Österreich vom wirtschaftlichen Aufschwung in der Region: Eine positive Konjunktur erhöht nicht nur die Nachfrage nach heimischen, sondern auch nach ausländischen – darunter auch österreichischen – Produkten und Dienstleistungen. Die Bestrebungen hin zu wirtschaftlicher Konvergenz zwischen den Ländern westlich und östlich des Eisernen Vorhangs sind

somit nicht als rein altruistisch zu bewerten, sondern liegen durchaus auch im ökonomischen Eigeninteresse Österreichs.

Dieselbe Logik gilt im Übrigen auch im Zusammenhang der aktuell wieder aufflammenden Diskussion rund um das EU-Budget und den vorgeschlagenen Europäischen Aufbauplan der Europäischen Kommission (2020) als Reaktion auf die globale Coronavirus-Krise⁷. Sie bleibt jedoch bei der Argumentation der Nettozahler oft ungenügend berücksichtigt, weshalb die Etablierung umfassender Indikatoren, welche die realwirtschaftlichen Vorteile aus dem EU-Budget erfassen, gefordert wird (siehe z. B. Bachtrögler et al., 2020).

Eine der einfachsten Kennzahlen für die Darstellung des wirtschaftlichen Aufholprozesses ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf zu Kaufkraftparitäten (KKP, d. h. korrigiert um die unterschiedlichen Preisniveaus der Länder). Zum Zeitpunkt der Ostöffnung lag das BIP pro Kopf zu KKP aller osteuropäischen Länder weit unter dem Niveau Österreichs (Abbildung 3): Am weitesten entfernt waren Albanien (11 % des österreichischen Niveaus), Bosnien und Herzegowina, Serbien und Kosovo (16 %) und Moldau (18 %). Lediglich zwei Länder erreichten damals über 50 % des österreichischen Niveaus: Tschechien (51 %) und Slowenien (56 %). In den letzten 30 Jahren haben viele Länder – darunter auch die Visegrád-Staaten – mehr als 10 Prozentpunkte aufgeholt. Aber selbst Tschechien und Slowenien erreichten bis 2018 nur rund 70 % der österreichischen Wirtschaftsleistung pro Kopf. Die Wachstumsraten und mittelfristigen Prognosen für Osteuropa wurden mit der letzten globalen Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/09 sichtlich gedämpft, sie blieben aber bis zum Ausbruch der aktuellen weltweiten Coronavirus-Krise positiv. Dass wirtschaftliche Konvergenz auch ohne Pandemien keine Selbstverständlichkeit ist, zeigt sich insbesondere an den Post-Sowjetstaaten. Die Kluft vergrößerte sich sogar noch weiter für Moldau und die Ukraine.

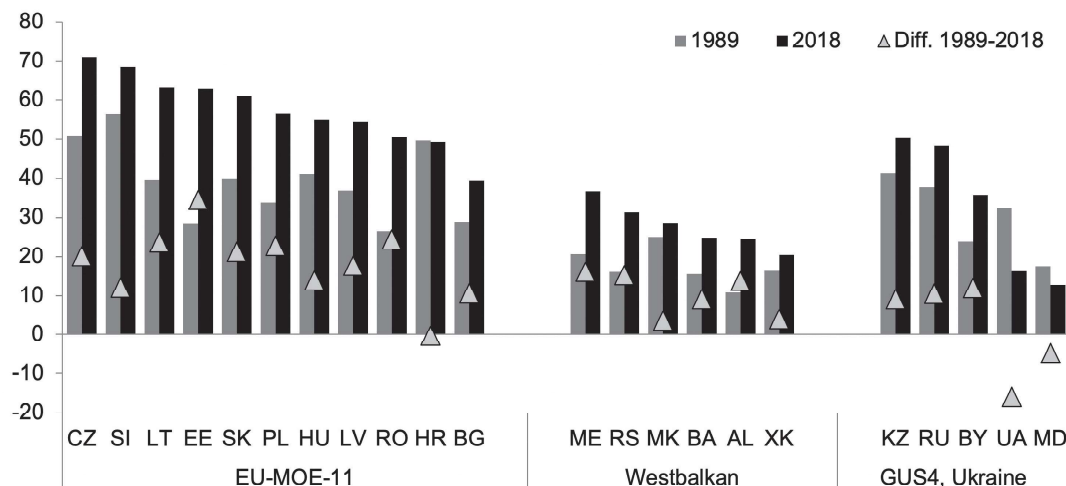


Abb. 3: BIP pro Kopf zu KKP in Relation zu Österreich (=100). Anmerkungen: KKP = Kaufkraftparitäten, korrigieren um unterschiedliche Preisniveaus. EU-MOE-II: EU-Mitgliedsstaaten in Mittel- und Osteuropa. Datenquelle: wiiw Jahresdatenbank basierend auf nationalen Statistiken und Eurostat.

COVID-19 und die Schattenseiten einer (zu) guten Nachbarschaft

Dass die immer enger werdenden wirtschaftlichen Beziehungen Österreichs mit seinen westlichen und vor allem östlichen Nachbarn auch in Abhängigkeitsverhältnissen mündeten, wurde der österreichischen Bevölkerung mit dem Ausbruch der globalen Coronavirus-Krise sehr deutlich vor Augen geführt.

Einerseits ist Österreich direkt davon betroffen, dass temporäre Unternehmens- und Grenzsicherungen zu Lieferengpässen und Arbeitskräftemangel führen können. Verschiedenste Berufsgruppen sind von eingeschränkter persönlicher Mobilität betroffen, von Erntehelfern, über Lagerarbeiter, Kraftfahrer, bis hin zu Personal im Gesundheitswesen, der Kranken- und Altenpflege.

Andererseits wird die österreichische Wirtschaft auch vom wirtschaftlichen Abschwung in der Region durch das Coronavirus nicht unberührt bleiben. Die wirtschaftlichen Folgen in Osteuropa werden noch stärker ausfallen als jene der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise im Jahr 2008/09. Besonders starke Rückgänge werden für jene Volkswirtschaften erwartet, die – wie Österreich – stark vom Tourismus abhängen. Alle Länder der Region werden 2020 mit einer BIP-Kontraktion von mindestens 3% zu kämpfen haben (Grievesson et al., 2020). Den Einbruch der Nachfrage wird Österreich in weiterer Folge in der Form von starken Exportrückgängen und wohl auch bei den Einnahmen aus Direktinvestitionen spüren.

Die multidimensionalen Herausforderungen, mit welchen sich die Bevölkerungen Europas konfrontiert sehen und sich teilweise auch durch offene Grenzen – für den Güter-, Kapital- und nicht zuletzt Personenverkehr – noch verstärken, drängten die 30-jährigen Jubiläen im Kontext der Ostöffnung für das Jahr 2020 – von den Unabhängigkeitserklärungen der baltischen Staaten, bis hin zu den ersten freien Wahlen in Rumänien und Ungarn – in den Hintergrund. Dabei wäre es gerade jetzt wichtig, sich der Errungenschaften und Ziele der Ostöffnung zu erinnern – in einem Jahr, in welchem mit Österreichs Nachbarn Ungarn erstmals ein Mitgliedstaat der Europäischen Union als „autoritäres Regime“ eingestuft wurde (Lührmann et al., 2020); in einem Jahr, in dem die ganze Welt von unbeschreiblicher Unsicherheit durch das neuartige Coronavirus heimgesucht wird; in einem Jahr, in dem sich die europäische Solidarität besonders beweisen muss. Mit dem 30-jährigen Jubiläum der deutschen Wiedervereinigung im Oktober während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft (1. Juli bis 31. Dezember 2020) darf man auch in Zeiten von Corona noch auf die Wiederbelebung des Erinnerns für eine gute Nachbarschaft hoffen.

Anmerkungen

- 1) Dieser Text baut auf einem Artikel auf, der für das Jahrbuch für Landeskunde von Niederösterreich 2020 anlässlich der Konferenz „1989: Politik – Wirtschaft – Erinnerung“ am 16. Oktober 2019 verfasst wurde.
- 2) Eine Beschreibung von der Idee bis zur Verwirklichung des Paneuropäischen Picknicks bietet u.a. Laszlo Nagy (2001).
- 3) Siehe dazu z.B. Ther (2016), Kapitel 4: Praxis und Nebenwirkungen des Neoliberalismus.
- 4) Zudem wurden akademische Verbindungen geknüpft. Beispielsweise wurde Anfang der 1970er-Jahre das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw) für die Analyse der wirtschaftlichen Entwicklungen in Osteuropa gegründet, das mit ForscherInnen aus der Region eng zusammenarbeitete.
- 5) Man denke etwa an die österreichisch-ungarische Monarchie im 19. und 20. Jahrhundert, die auch die Gebiete des heutigen Tschechien und der Slowakei, südliche Teile Polens, westliche Regionen Rumäniens, sowie Slowenien, Kroatien und einen kleinen Teil Norditaliens umfasste und von reger Ost-West-Migration gekennzeichnet war. Im Kontext der ersten großen EU-Osterweiterung siehe z.B. Hintermann (2000).
- 6) Siehe dazu beispielsweise Bischof (2013). Zu den Handelsbeziehungen wird angemerkt: „The U.S. tolerated Austria’s growing trading relationship with Eastern Europe in the 1970s but looked askance at Austrian high-tech export to the Communist Bloc during the Reagan 1980s“ (S. 14).
- 7) Für das Beispiel der finanziellen Unterstützung Italiens und wie Österreich davon – auch als Nettozahler – profitieren würde, siehe u.a. Kowall und Heimberger (2020).

Literatur und Datenquellen

- Bachtrögl, Julia/Hanzl-Weiss, Doris/Holzner, Mario/Hunya, Gabor/Reiter, Oliver/Schratzenstaller, Margit/Stepher, Robert/Stöllinger, Roman (2020), How EU funds tackle economic divide in the European Union, Studie für das BUDG Komitee, Europäisches Parlament, <https://www.europarl.europa.eu/committees/en/how-eu-funds-tackle-economic-divide-in-t/product-details/20200717CAN56501>
- Bischof, Günter (2013), Of Dwarfs and Giants From Cold War Mediator to Bad Boy of Europe—Austria and the U.S. in the Transatlantic Arena (1990-2013), In: Bischof Günter/Karlhofer, Ferdinand, Austria’s International Position after the End of the Cold War, Contemporary Austrian Studies, Vol. 22, University of New Orleans Press, <https://www.jstor.org/stable/j.ctt1n2txd9>
- Europäische Kommission (2020), Europäischer Aufbauplan, https://ec.europa.eu/info/live-work-travel-eu/health/coronavirus-response/recovery-plan-europe_de (Zugriff 17. Juli 2020)
- Grievesson, Richard (2020), Looking for Shelter from the Storm. Economic Forecasts for Eastern Europe for 2020-21, Monthly Report: Special Forecast Update, No. 5/2020, wiiw, Wien, <https://wiiw.ac.at/p-5302.html>.
- Grievesson, Richard/Gligorov, Vladimir/Havlik, Peter/Hunya, Gábor/Pindyuk, Olga/Podkaminer, Leon/Richter, Sándor/Vidovic, Hermine (2019), Looking Back, Looking Forward: Central and Eastern Europe 30 Years after the Fall of the Berlin Wall, Essays and Occasional Papers, No.4, wiiw, Wien, November, <https://wiiw.ac.at/p-5059.html>.
- Grübler, Julia/Bykova, Alexandra (2020), Nachbarschaftsbeziehungen auf dem COVID-Prüfstand, wiiw Research Report in German language No. 17, September, <https://wiiw.ac.at/p-5399.html>
- Hanzl-Weiss, Doris/Heimberger, Philipp/Holzner, Mario/Pindyuk, Olga/Stöllinger, Roman (2018), Is Austria’s Economy Locked-in to the CESEE Region? A Meso-economic Analysis, wiiw Research Report, No. 433, Oktober, <https://wiiw.ac.at/p-4685.html>.
- Hintermann, Christiane (2000), Die “neue” Zuwanderung nach Österreich. Eine Analyse der Entwicklungen seit Mitte der 80er Jahre, SWS-Rundschau, Heft 1/2000, 5-23.
- Hunya, Gábor/Adarov, Amat/Ghodsí, Mahdi/Pindyuk, Olga (2019), Foreign Investments Mostly Robust Despite Global Downturn; Shift into Services. FDI in Central, East and Southeast Europe, wiiw FDI Report, Wien, Juni, <https://wiiw.ac.at/p-4947.html>.
- Internationaler Währungsfonds – IMF (2013), German-Central European Supply Chain – Cluster Report, IMF Country Report No. 13/263.
- Interreg Central Europe, Programme, <https://www.interreg-central.eu/Content.Node/discover/programme.html> (Zugriff: Juli 2020).

- Kochnev, Artem/Pindyuk, Olga/Havlik, Peter (2020), Economic Challenges and Costs of Reintegrating the Donbas Region in Ukraine, wiiw Research Report, No. 447, wiiw, Wien, <https://wiiw.ac.at/p-5351.html>.
- Kowall, Niki/Heimberger, Philipp (2020), 7 Fakten, die du über Italiens Wirtschaft nicht wusstest, Kontrast (2. Juni), <https://kontrast.at/italien-wirtschaft-wirtschaftsprobleme-eu/>
- Laski, Kazimierz (1997), Lessons to be drawn from main mistakes in the transition strategy. In: Zecchini, Salvatore (Hg.) Lessons from the Economic Transition. Springer, Dordrecht.
- Lührmann, Anna/Maerz, Seraphine/Grahn, Sandra/Alizada, Nazifa/Gastaldi, Lisa/Hellmaier, Sebastian/Hindle Garry/Lindberg, Staffan (2020), Autocratization Surges – Resistance Grows. Democracy Report 2020, Varieties of Democracy Institute (V-Dem), University of Gothenburg, Göteborg.
- Nagy, Laszlo (2001), Das Paneuropäische Picknick und die Grenzöffnung am 11. September 1989, Abschrift aus dem Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien, Nr. 23-24/2001, S. 24-40: <http://www.chronik-der-mauer.de/material/178896/laszlo-nagy-das-paneuropaeische-picknick-und-die-grenzoeffnung-am-11-september-1989?n>
- Oesterreichische Nationalbank (OeNB) (2020), Fakten zu Österreich und seinen Banken, März 2020, <https://www.oenb.at/Publikationen/Finanzmarkt/Fakten-zu-Oesterreich-und-seinen-Banken.html>.
- Ther, Philipp (2016), Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa, Aktualisierte Ausgabe, Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche – wiiw (2020), wiiw Annual Database, <https://data.wiiw.ac.at/annual-database.html>
- Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche – wiiw (2020), wiiw FDI Database, <https://data.wiiw.ac.at/foreign-direct-investment.html>
- Wirtschaftskammer Österreich – WKO (2020), BIP und Wirtschaftswachstum, WKO Statistik, <http://wko.at/statistik/extranet/langzeit/lang-bip.pdf>



Mach dich stark!
Und profitiere von mehr Sicherheit im Job.
www.gpa-djp.at/mitgliedwerden

Rechtsschutz,
 Berufshaftpflicht-
 versicherung und
 vieles mehr gibt's
 nur als Mitglied.

MIT SICHERHEIT STARK.
GPA djp
 GEWERKSCHAFT DER PRIVATANGESTELLTEN
 DRUCK – JOURNALISMUS – PAPIER